



Medienmitteilung vom 16.09.2020

Junge fordern klare Regeln für Transparenz der Politikfinanzierung

Die Transparenz-Initiative wird immer mehr verwässert. Nachdem bereits die Staatspolitische Kommission des Ständerats die Schwellen zur Offenlegung von Spendengeldern erhöht hatte, setzte die Kommission des Nationalrates noch eine Stufe drauf und kippte die Offenlegung von Grossspender/innen gar ganz aus dem indirekten Gegenvorschlag. Die JBDP, JEVP, Junge Grüne und JUSO sowie die Jugendsession fordern den Nationalrat dazu auf, die aus der Vorlage gekippte Offenlegung der Grossspender/innen in der Herbstsession rückgängig zu machen. Die Jungorganisationen fordern eine wirksame und griffige Regelung zur Transparenz in der Politikfinanzierung und stellen sich weiterhin klar hinter die Transparenz-Initiative.

Die Schweizer Politikfinanzierung ist ein grosses schwarzes Tuch. Ginge es nach den Staatspolitischen Kommissionen des Ständerates und des Nationalrates würde dies auch weiterhin so bleiben. Nachdem die Staatspolitische Kommission des Ständerats die Offenlegung der Grossspenden auf 25'000 Franken sowie Kampagnenbudgets von Personen und Komitees auf 250'000 Franken festlegen wollte, hat die Staatspolitische Kommission des Nationalrates mit der Offenlegungspflicht der Finanzen von Kampagnen ab 50'000 Franken (Initiative 100'000 Franken) und Offenlegungspflicht der Ausgaben der Parteien zwei aus unserer Sicht positive Anpassungen vorgenommen. Jedoch sind auch gravierende negative Anpassungen in den indirekten Gegenvorschlag eingebracht worden. Mit der kompletten Streichung der Offenlegung der Grossspender/innen entfällt allerdings eine von uns als zentrales Element der Transparenzinitiative erachtete Regelung.

Für das Vorgehen, weiterhin Unklarheit über Grossspenden wahren zu wollen, haben die unterzeichnenden Jungorganisationen gegenüber der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates kein Verständnis. Aus unserer Sicht entspräche eine solche Vorlage nicht ansatzweise der mit 110'000 Unterschriften eingereichten Transparenz-Initiative. Damit politisiert die SPK-N klar an der Bevölkerung vorbei.

Die JBDP, JEVP, Junge Grüne, JUSO sowie die Jugendsession fordern das Parlament auf, der Initiative Rechnung zu tragen und einen Gegenvorschlag auszuarbeiten, welcher die Kernpunkte der Initiative mitträgt, ansonsten wird ein solcher Gegenvorschlag bei den besagten Jungorganisationen keine Unterstützung finden.